

Konferenz „Just Transition“ in Brüssel

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte nun kurz von den regionalen Erfahrungen mit dem Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen berichten. Aus klimapolitischer Perspektive kommt NRW eine Schlüsselrolle in der deutschen Energiewende zu. Mit E.ON, RWE und STEAG sind hier drei der größten Energiekonzerne ansässig. Im Rheinischen Revier stehen drei der fünf Kohlekraftwerke mit dem größten CO₂-Ausstoß in Europa. Zugleich sind mit der Braunkohleindustrie viele tausende Arbeitsplätze verbunden. Der Erhalt von Kohle-Arbeitsplätzen und der Schutz des Klimas scheinen auf den ersten Blick zwei sich widersprechende Interessen zu sein. Entweder die Arbeitsplätze und damit auch der klimaschädliche Kohleabbau bleiben noch länger erhalten, oder der Ausstieg wird umgesetzt und die Jobs gehen damit nach und nach verloren.

Der aktuelle Stand in NRW ist ernüchternd: jenseits allgemeiner Phrasen besteht von Seiten der Bundes- und Landesregierung kein ausgearbeitetes Programm, das überzeugend einen schrittweisen Ausstieg mit sozialen Maßnahmen verknüpft. Aufgabe der LINKEN ist es aus meiner Sicht die ökologische mit der sozialen Frage zu verbinden, und das durchaus radikal. Die Industriebelegschaften dürfen nicht gegen die Klimabewegung ausgespielt werden. Stattdessen ist immer wieder auf die Verantwortung und das bisherige Versagen der Konzerne und ihrer Führungsetagen hinzuweisen. In NRW ist dies allen voran RWE.

Der Konzern, der Jahrzehnte Milliarden gescheffelt hat, macht seit einiger Zeit Schlagzeilen dadurch, dass er die Energiewende völlig verpennt hat und die Kosten des Atomausstiegs auf die Allgemeinheit abwälzen will. Im Klartext: Sowohl mit Atomkraft als auch mit der Braunkohleförderung wurden jahrelang die Gewinne privatisiert, die massiven externen Umwelt- und Gesundheitskosten sollen nun aber sozialisiert werden. Das gilt nicht nur für RWE, sondern für alle Atom- und Braunkohlekonzerne. Sie dürfen nicht aus der Verantwortung entlassen werden und müssen für die Folgeschäden des Kohleabbaus aufkommen, etwa indem sie in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen.

Der RWE-Konzern versucht außerdem, die Kosten der Energiewende auf die Belegschaft abzuwälzen. Die Konzernleitung hat in der letzten RWE-Tarifrunde von den Beschäftigten die Zustimmung zu einer 25-prozentigen Einkommensreduktion verlangt. Diese Erpressungsversuche sind absolut inakzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Solidarität gehört den betroffenen, in ihrer Existenz bedrohten Beschäftigten und ihren Familien!

Auch das macht deutlich: Unser Ziel ist nicht der grüne Kapitalismus, der ohnehin eine Illusion ist. Klimaschutz und Kapitalismus widersprechen sich in meinen Augen. Stichworte hier wären: Privateigentum an Produktionsmitteln, Kapitalakkumulation, Konkurrenz und Wachstumszwang.

Ziel der LINKEN ist ein geordneter Kohleausstieg bis spätestens 2035, der auf einem gesetzlichen und sozial flankierten Abschaltplan mit Restlaufzeiten für die Kraftwerksblöcke basiert. Das wollen wir in einem Kohleausstiegsgesetz festlegen. Nach unserem Konzept erhält jedes Kraftwerk ein Enddatum: Bis 2025 gehen alle Kraftwerke über 40 Jahre vom Netz, danach schrittweise die jüngeren, bis 2035 letzter Meiler vom Netz geht. Zu dem Konzept gehört auch, dass es keinen Neubau von Kohlekraftwerken und keinen Neuaufschluss von Tagebauen mehr geben darf. Ferner fordern wir, dass es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen darf, einen Strukturwandelfonds mit jährlich 250 Millionen Euro für die betroffenen Regionen und Beschäftigten mit arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitischer Begleitung und Mitwirkung vor Ort sowie einen Nachsorgefonds für die bisherige Rückstellungen der Energiekonzerne und die künftige Förderabgabe Braunkohleförderung.

Von der Unvereinbarkeit von Klimaschutz und Kapitalismus ist auch eine Vielzahl der Klima-AktivistInnen überzeugt, die seit Jahren mit Anti-Kohle-Protessen die herrschende Politik und die Konzerne unter Druck setzen. In NRW fanden in den letzten beiden Jahren groß angelegte Protestaktionen gegen den von RWE betriebenen Braunkohle-Tagebau in Garzweiler statt. In Zusammenarbeit mit dem RWE-Werksschutz hat die Polizei unter Anwendung massiver Gewalt die Besetzungen der Kohlebagger beendet. Die dabei entstandenen Bilder stehen symbolisch für eine Politik, die auf der großen Bühne der Klimakonferenzen ihre Bemühungen beim Klimaschutz beteuert und dann vor Ort gemeinsam mit den Konzernen die fortschreitende Umweltzerstörung durchsetzt. Das gleiche geschieht im Hambacher Forst, einer großen Waldfläche zwischen Aachen und Köln, die für die Ausbreitung des Kohleabbaus nach und nach gerodet wird. Seit Jahren finden im Hambacher Forst Proteste und Waldbesetzungen statt, die

von Anwohnerinnen und Anwohnern, von Bürgerinitiativen, von Schülerinnen und Schülern und von Kirchen unterstützt werden. Und auch hier steht die Staatsgewalt an der Seite von RWE.

Eine Region wie das Rheinische Revier benötigt ein Konzept für einen Strukturwandel, das die Bezeichnung ‚Sozialverträglichkeit‘ auch wirklich verdient.

Und damit komme ich zum Schluss noch einmal zurück zur schwierigen Interessenskollision von Industriearbeit und Klimaschutz beim Kohleausstieg. Vollkommen zu Recht machen sich die Beschäftigten im Bereich Braunkohle Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Im Kapitalismus ist der Verlust des Jobs verbunden mit der Gefahr die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und damit die bürgerliche Existenz zu verlieren. Solidarisierung tut Not. Gewerkschaften und Klimabewegung dürfen sich nicht als Gegner sehen und sich nicht spalten lassen. Gemeinsame Forderungen zum Strukturwandel sind möglich: etwa die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, die Ermöglichung von Altersteilzeit und die Überführung von Kohlearbeitsplätzen in den Bereich der erneuerbaren Energien. Mit der Thematisierung der Eigentumsfrage – etwa der Forderung nach Rekommunalisierung der Energieversorgung – könnte zudem der gesellschaftliche Druck erhöht werden und eine Alternative zu den marktgläubigen Ansätzen der anderen Parteien Gehör finden.

Fest steht: Der Kohleausstieg in Deutschland wird kommen. Ob er chaotisch über die Beschäftigten und die Braunkohleregionen hereinbricht oder ob er kontrolliert eingeleitet wird, hängt von der politischen Steuerung ab.

Die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Steuerung scheint mir auch bei anderen Parteien zu reifen. Fraglich bleibt, was sie unter Sozialverträglichkeit verstehen. Union, SPD und Grüne standen in den letzten Jahren stets für Sozialabbau und Wirtschaftsfreundlichkeit.

Für mich ist sonnenklar: Hier muss DIE LINKE Gegenakzente setzen und gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Umweltverbänden und KlimaaktivistInnen Druck erzeugen, damit der Strukturwandel eine merkliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen mit sich bringt.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!.